

Zukunft der Arbeit

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen*

Dr. Wolfgang Klauder, geb. 1931 in Schleswig, Studium der Volkswirtschaftslehre in Kiel, 1961 bis 1967 Aufbau und Leitung der Gruppe Wirtschaftsforschung der Volkswirtschaftlichen Abteilung der BASF AG, ist seit 1967 Leiter des Arbeitsbereiches „Mittel- und langfristige Vorausschau“ im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) sowie dessen Leitender Wissenschaftlicher Direktor.

Die Wirtschafts- und Arbeitswelt der Zukunft hängt-wenn man von Politik-einflüssen einmal absieht - vor allem von den dann herrschenden Rahmenbedingungen in den Bereichen der Technik und Umwelt, der internationalen Beziehungen, der Bevölkerung und der Weltanschauung ab. Auf diesen wie auch auf vielen anderen Gebieten vollziehen sich derzeit Veränderungen historischen Ausmaßes. In Deutschland wie auch in vielen anderen Industrieländern dürften dadurch in den nächsten Jahrzehnten insbesondere die folgenden *sieben Mega-Trends* die Entwicklung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen prägen:¹

1. Die *technologische Revolution* durch grundlegend neue Technologien wie insbesondere die Informationstechnologien. Mit der Entwicklung dieser Technik wird nach der physischen Kraft jetzt auch die geistige Kraft in vieler Hinsicht durch die Technik ersetzbar und eine völlig neue Funktions- teilung zwischen Mensch und Maschine möglich. Aber auch Mikrosystem- techniken, Lichttechniken, Bioelektronik, Biotechnik, Solarenergie usw. begründen eine neue Technikqualität. Ihnen ist weitgehend gemeinsam, daß sie interdisziplinär angelegt sind und vermehrt die komplexen natür- lichen Prozesse nachzuahmen versuchen. Man könnte sie daher auch zumeist als sanfte Techniken bezeichnen.
2. Die *Ökologisierung des Wirtschaftens* durch den weltweit wachsenden Zwang zum von vornherein integrierten Umweltschutz, die vielbeschworene echte Synthese von Ökonomie und Ökologie, ohne die die Industrie- gesellschaften auf Dauer keine Zukunft haben dürften, im Gegensatz zu der bisher vorherrschenden nachsorgenden und daher in jedem Fall kosten- erhöhenden „End-of-Pipe“-Umweltschutztechnologie und nachträglichen „Umweltreparatur“.
3. Die *Internationalisierung* oder auch Globalisierung des Wirtschaftens durch die Überwindung der nationalen Grenzen, die das Wirtschaften seit Beginn der Industrialisierung geprägt bzw. begrenzt hatten, im Zuge des

* Die Ausführungen liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹ Vgl. auch Wolfgang Klauder, Ohne Fleiß kein Preis: Die Arbeitswelt der Zukunft, Zürich/Osnabrück 1990.

EG-Binnenmarktes, der Wiedervereinigung, der Ostblockauflösung und der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung.

4. Die *Individualisierung* der Gesellschaft durch den Wertewandel vom „Selbstzwang“ zur „Selbstentfaltung“² bzw. von einem mehr an Gesetz, Sitte und Ordnung, an Pflicht- und Akzeptanzwerten orientierten Wertsystem zu einem mehr selbstbezogenen Welt- und Selbstverständnis,³ das im Extremfall zu rücksichtslosem und ausnutzerischem Egoismus entartet. Nach Ulrich Beck werden wir Augenzeugen eines gesellschaftlichen Individualisierungsschubes von bislang unerkannter Reichweite und Dynamik.⁴
5. Eine hohe *Erwerbstätigkeit auch der verheirateten Frauen* aufgrund des Wertewandels sowie des sozialen Wandels der letzten Jahrzehnte, der zu steigendem Lebensstandard, umfassender kollektiver sozialer Absicherung, Bildungsexpansion, aber auch zu Einkommens-Nivellierung und schließlich zu einer veränderten Frauenrolle führte.
6. Die *Alterung* der Industriegesellschaften durch niedrige Geburtenziffern, die auch durch Zuwanderung kaum aufgehalten werden kann, es sei denn, es würden fast ausschließlich junge Menschen in einem das Geburtendefizit ausgleichenden Umfang zuwandern. Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich um einen in allen Industrieländern zu beobachtenden säkularen Trend, der in Deutschland bereits in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts einsetzte und vorerst kaum umkehrbar sein dürfte. Er ist in allen Ländern nicht zuletzt Folge des Werte- und sozialen Wandels und insbesondere der Errichtung kollektiver Alterssicherungssysteme, so daß der einzelne für sein Alter nicht mehr selbst durch möglichst viele eigene Kinder vorsorgen muß.
7. Die Zunahme der *internationalen Wanderungen* durch die Weltbevölkerungsexplosion, die politischen Umwälzungen und die krassen Entwicklungsunterschiede.

Besonders gewichtig für die Strukturen der zukünftigen Arbeitswelt sind die Informationstechnologien. Mit diesen sind bereits heute ohne Effizienzeinbußen möglich geworden:

- die weitgehende Automatisierung der Routinetätigkeiten (sowohl in der Produktion als auch in den bisher weitgehend technikkfreien Bereichen der Büros und Verwaltungen),
- die Flexibilisierung von Produkten und Diensten (z. B. mehrere Modelle auf einer Fertigungsstraße),
- die Dezentralisierung der Arbeitsstätten (betrieblich und regional, Subunternehmen, Satellitenbüros usw.),
- die Umkehr der bisherigen Trends zur Großtechnologie (auch Kleinanlagen können dank Mikroelektronik rentabel sein),
- die Umkehr der bisherigen Trends zur innerbetrieblichen Arbeitsteilung (Integration, Verzahnung, Vernetzung bisher getrennter Aufgabenbereiche)

² Helmut Klages, Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen, Zürich/Osnabrück 1988.

³ Vgl. Rudolf Wassermann, Pluralismus der Wertorientierungen, in: MUT, Nr. 324, August 1994, S. 32 - 43.

⁴ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft — Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 115 f.

- von Entwicklung und Planung über Steuerung und Fertigung bis zu Marketing und Service, ganzheitliche Organisationsstrukturen),
- die vermehrte örtliche und zeitliche Entkoppelung von Mensch und Maschine (von Arbeits- und Betriebsort und von Arbeits- und Betriebszeit bis hin zu individuellen Arbeitszeiten) und schließlich
 - die Rückverlagerung von Arbeitsleistungen in die Heimarbeit, Selbstbedienung und Eigentätigkeit.

Hält man sich diese Mega-Trends vor Augen, so dürfte als Fazit die Aussage nicht übertrieben sein: Deutschland und die Industrieländer befinden sich in der Anfangsphase eines grundlegenden Strukturwandels der gesamten Wirtschafts- und Arbeitswelt, wie er vielleicht nur mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu vergleichen ist.

Tendenzen des Arbeitskräftepotentials

Die skizzierten Mega-Trends führen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zu gravierenden Veränderungen. Aufgrund des Geburtenrückganges würde das Potential an Erwerbspersonen bei unveränderter Erwerbsbeteiligung und ausgeglichener Wanderungsbilanz von Jahr zu Jahr drastisch sinken. Zumindest bis 2010 dürfte dieser Rückgang aber durch die in Westdeutschland wahrscheinlich noch steigende Frauenerwerbsbeteiligung und die Wiederanhebung der Altersgrenze sowie durch Zuwanderungen kompensiert, möglicherweise sogar überkompensiert werden. Selbst bis 2030 scheint ein Ausgleich des Geburtenrückganges durch diese Komponenten nicht unmöglich zu sein. Auf absehbare Zeit dürfte es also insgesamt kaum weniger Erwerbspersonen geben als heute.

Allerdings wird sich die Struktur entscheidend wandeln. Erstens wird der *Ausländeranteil* steigen, zweitens wird sich der *Frauenanteil* erhöhen. Bei unverändertem Gesamtpotential wird sogar die absolute Zahl der männlichen Erwerbspersonen in Kürze zu schrumpfen beginnen. Zunehmen wird nur noch die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen. Drittens wird das Erwerbspersonenpotential drastisch *altern*. Schon bis zum Jahr 2000 wird trotz der Zuwanderung die Anzahl der unter 30jährigen Erwerbspersonen in Gesamtdeutschland um fast 4 Mio. bzw. 30 Prozent sinken. Nachwuchskräfte werden knapp. Langfristig wird sich die Relation von jüngeren zu älteren Erwerbspersonen weitgehend umkehren.

Somit werden der allgemeine Wissensfortschritt, der Transfer neuen Wissens in das Beschäftigungssystem und ausgerechnet der von der Mikroelektronik und den anderen veränderten Rahmenbedingungen ausgehende grundlegende Strukturwandel in Zukunft in einem wesentlich bedeutenderem Ausmaß als bisher statt von der jeweils nachrückenden jungen Generation nunmehr von den Erwerbstätigen *mittleren und höheren Alters* selbst bewältigt werden müssen, bei zugleich steigenden Anteilen von Frauen und von Ausländern.

Tendenzen und Probleme der Frauenerwerbstätigkeit

Von erheblicher Bedeutung für die zukünftige Arbeitswelt und die zukünftige Gesellschaftsstruktur ist dabei zweifellos der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit.⁵ Diese hatte sich von Anfang des Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg nur relativ wenig verändert. Nach dem Kriege erhöhten sich in der ehemaligen DDR die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen systembedingt auf bis zu 98 Prozent. In Westdeutschland lagen dagegen selbst noch 1970 die Erwerbsquoten der verheirateten 30- bis 49jährigen Frauen mit rund 40 Prozent nur gut 10 Prozent-Punkte über dem Niveau vom Anfang des Jahrhunderts. Erst in den siebziger Jahren kam es hier zu einem deutlichen Trendbruch. Schon 1980 erreichten die Erwerbsquoten der 30- bis 49jährigen verheirateten Frauen Werte um 50 Prozent und 1990 um 60 Prozent. Setzt sich die Entwicklung fort, dürften sich diese Frauenerwerbsquoten bis 2010 auf rund 80 Prozent erhöhen, während wir für Ostdeutschland im Zuge einer allmählichen Anpassung an westliche Verhaltensmuster bis 2010 einen Rückgang auf ca. 85 Prozent erwarten.

Der in Westdeutschland seit den siebziger Jahren zu beobachtende Trendbruch scheint mir vor allem eine Folge des erwähnten Wertewandels und des sozialen Wandels zu sein. So nennen nach einer IAB-Erhebung von 1986 bei der Frage nach dem wichtigsten Grund für die Erwerbstätigkeit immerhin etwa 40 Prozent der berufstätigen verheirateten Frauen Gründe, die man dem allgemeinen Wertewandel in Richtung auf vermehrte Selbstverwirklichung, Eigenständigkeit, Ungebundenheit usw. zuordnen kann, wobei dieses Ergebnis nach den vorliegenden Untersuchungen mit dem steigenden Bildungsgrad in Zusammenhang stehen dürfte.⁶ Ferner wünschen sich z. B. nach der Jugendkompaß-Erhebung von 1989 sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche eine Berufstätigkeit, die finanziell unabhängig macht, die sicher ist und die Verwirklichung der eigenen Fähigkeiten und Interessen ermöglicht.⁷

Trotzdem kann man wohl nicht daraus schließen, daß letztlich alle Frauen voll erwerbstätig sein möchten. Wie verschiedene Erhebungen⁸ belegen, differieren die Wünsche der Ehepartner zur Erwerbsbeteiligung ganz erheblich. Daher können Politik und Wissenschaft nicht davon ausgehen, daß eine einzige Frauenrolle Leitbild für alle Frauen ist. Maßnahmen, die von einem bestimmten Leitbild ausgehen oder ein bestimmtes Verhalten für alle durch-

5 Vgl. Wolfgang Klauer, Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit heute und morgen, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 4/1992, S. 435 - 463.

6 Gerhard Engelbrech, Erwerbsverhalten und Berufsverlauf von Frauen. Ergebnisse neuerer Untersuchungen im Überblick, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/1987, S. 181 -196, hier S. 184.

7 Barbara HiUe/Johanna Zierau, Perspektiven von Mädchen und jungen Frauen im Spannungsfeld von Berufs- und Familienorientierung, in: Petra Beckmann/Gerhard Engelbrech (Hrsg.), Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 179, Nürnberg 1994, S. 876 - 905, hier S. 876.

8 Bundesministerium für Frauen und Jugend, Gleichberechtigung von Frauen und Männern —Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung. Ergebnisse der ersten vergleichenden Repräsentationsumfrage zur Gleichberechtigung in Deutschland des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung, IPOS, Materialien zur Frauenpolitik 16/1992, Bonn 1992. Christian Brinkmann/Hans Kohler, Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1989, S. 472 - 482.

setzen wollen, sei es nun pro oder contra Berufstätigkeit, sind außerdem wohl auch nur schwer mit einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zu vereinbaren. Ferner nennen auch nach der IAB-Erhebung von 1986 als wichtigsten Grund für die Erwerbstätigkeit immer noch über die Hälfte der verheirateten Frauen finanzielle oder familienbetriebliche Zwänge. Heinz Lampert weist wohl mit Recht darauf hin, daß das veränderte Erwerbsverhalten der Frauen nicht nur auf eine Ablösung des Leitbildes der auf der Hausfrauenehe basierenden Familie zurückzuführen ist, sondern auch Folge des Bemühens von Paaren mit Kindern ist, nicht wirtschaftlich und sozial deklassiert zu werden und „den Abstand im verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gegenüber den ‚Singles‘ und ‚Dinks‘ (Double income - no kids) nicht noch größer werden zu lassen als er schon ist (...). Auf diese Weise wird der Bedarf an Einkommensumverteilung im Rahmen des Familienlastenausgleichs nicht unerheblich reduziert und die Wertschöpfungsleistung kindererziehender und -versorgender Eltern über ihren enormen unentgeltlichen Beitrag zur Humanvermögensbildung in der Gesellschaft hinaus erhöht.“⁹

Hängt somit nicht vielleicht die hohe Frauenerwerbstätigkeit teilweise auch mit der gesellschaftlichen und finanziellen Unterbewertung und Geringschätzung der *familialen* und der *ehrenamtlichen* Nichterwerbsarbeit zusammen? Auch die heutige Kleinfamilie vollbringt im privaten Haushalt nach wie vor erhebliche Leistungen für die Gesellschaft, nämlich erstens für die nachwachsende Generation, zweitens für die Regeneration und Qualifikation des gesellschaftlichen Arbeitspotentials sowie drittens für die Gesundheitsvorsorge, Aktivierung, Rehabilitierung und Pflege der Kranken und Behinderten aller Altersgruppen.¹⁰ Auch diese unentgeltlichen Leistungen ermöglichen zweifellos Entfaltung, Selbstverwirklichung und Reifung. Das Statistische Bundesamt bezifferte diese Leistungen für Westdeutschland im Jahre 1992 jüngst auf rund 1 Billion DM bei einem Sozialprodukt von 2,6 Billionen.¹¹

Auf jeden Fall werden bei hoher und zeitlich ausgedehnter außerhäuslicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner die familialen sozialen Leistungen schrumpfen und unter den heutigen Bedingungen auch in unserer Gesellschaftsordnung immer mehr durch kollektive Einrichtungen und somit bezahlte Erwerbstätigkeit ersetzt werden müssen. Ein sehr weitgehender Individualisierungstrend in einem Bereich der Gesellschaft erzwingt also offensichtlich kollektive Gegentendenzen in einem anderen Bereich. Wird die jeweils erwerbstätige Generation bereit sein, diese kollektiven Mehrkosten - z. B. auch für die wachsende Anzahl alter Menschen - voll zu tragen?

⁹ Heinz Lampert, Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik aus familienpolitischer Perspektive, in: Friedrich Buttler/Heinrich Reiter/Horst Günther/Richard Wanka (Hrsg.), Europa und Deutschland - Zusammenwachsende Arbeitsmärkte und Sozialräume, Festschrift für Heinrich Franke, Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S. 53 f.

¹⁰ Vgl. hierzu Rosemarie von Schweitzer, Haushaltsproduktion und Aufwendungen der Haushalte für die nachwachsende Generation, in: Sylvia Grabe (Hrsg.), Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor, Frankfurt/Main/New York 1991, S. 107-117, hier S. 110.

¹¹ Dieter Schäfer/Norbert Schwarz, Wert der Haushaltsproduktion 1992, in: Wirtschaft und Statistik, Band 8, Wiesbaden 1994, S. 597 - 612, hier S. 610; vgl. auch Volker Teichert, Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit: Bedeutung und Perspektiven der informellen Ökonomie, in: Arbeit und Sozialpolitik 11/1989, S. 338 - 341.

Immer mehr Frauen und auch Männer möchten Familie und Beruf über *Teilzeitbeschäftigung* und *Unterbrechungszeiten* miteinander verbinden.¹² Nach allen vorliegenden Erfahrungen und Untersuchungen wie auch internationalen Vergleichen lassen allerdings in Deutschland die Unterbrechungsregelungen noch viele Wünsche offen und sind die Teilzeitmöglichkeiten und die Möglichkeiten der Entkoppelung von Betriebs- und individuellen Arbeitszeiten noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Sowohl die Arbeitszeitwünsche als auch die betrieblichen Erfordernisse erlauben ein großes Spektrum an Arbeitszeitmodellen. Viele Beispiele aus der Praxis und die Erfahrungen von Arbeitszeitberatern zeigen, daß sich auch anspruchsvollere Tätigkeiten und Führungspositionen effizient teilen lassen, in diesen Fällen vor allem durch entsprechende Neueinteilung der Aufgabengebiete. Zu bedenken ist auch, daß die eingangs erwähnten Tendenzen des Wertewandels und der Bildungsexpansion generell die Wünsche nach mehr Zeitsouveränität immer mehr werden anwachsen lassen und daß die neuen Informationstechnologien die Führung individueller Zeitbudgetkonten erlauben.

Nach einer repräsentativen Untersuchung von 1993 möchten z. B. insgesamt 60 Prozent der vollzeitbeschäftigten Ehefrauen mit Kindern unter 16 Jahren lieber eine Teilzeitbeschäftigung.¹³ Auch generell ergeben sich in Deutschland erhebliche Abweichungen zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit. „Selbst unter Inkaufnahme entsprechender Verdiensteinbußen wollten 1993 etwa ein Viertel der Männer und die Hälfte der vollzeitbeschäftigten Frauen ihre Arbeitszeit gerne um einige Stunden verkürzen.“¹⁴ Besonders bemerkenswert erscheint, daß sich viele Arbeitszeitwünsche nicht auf die traditionelle 20-Stunden-Woche erstrecken, sondern auf Arbeitszeiten zwischen Halbzeit und Vollzeit, also eher eine Dreiviertel- oder Vierfünftel-Arbeitszeit betreffen. Diese Abweichungen sind nicht nur individuell, sondern auch gesamtwirtschaftlich von enormer Bedeutung. Denn diese Abweichungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit entsprechen - je nach Erhebung - etwa 1,5 bis 2,5 Mio. Vollzeit-Arbeitsplätzen.¹⁵ Rein rechnerisch könnten also die Arbeitsplätze auf völlig freiwilliger Basis so umverteilt werden, daß die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigt wäre, ohne jemandem zwangsweise Arbeitszeit und Einkommen zu kürzen.

Insgesamt gesehen dürfte aber zweifellos ein großer Teil der Hindernisse, die heute noch individuelleren und flexibleren und auf diese Weise auch familienfreundlicheren Arbeitszeiten entgegenstehen, überwindbar sein. Längerfristig ist mit weitgehend individuellen Arbeitszeiten zu rechnen.

12 Vgl. auch Wolfgang Klauder, Wie familienfreundlich ist unser Arbeitsmarkt?, in: Mitteilungen der IVA Oberfranken und Mittelfranken, 12/1994 (in Vorber.).

13 Elke Holst/Jürgen Schupp (Bearb.), Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 35/1994, S. 618 - 626, hier S. 623.

14 Ebd., S. 626; vgl. auch Stefan Weick, Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit — Wertorientierungen, Arbeitszeitwünsche und Freizeitaktivitäten, in: Informationsdienste soziale Indikatoren (ISI), Nr. 10, Juli 1993, Mannheim.

15 Vgl. Bernd Hof, Von der Voll- zur Teilzeit, Internationale Erfahrungen und Perspektiven, in: iw-trends 1/1994, S. 31 - 52.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch kaum genutzt werden dagegen die Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien zur effizienten Dezentralisierung der Arbeitsstätten und Entkoppelung von Arbeitsort und Betriebsort. Die „Tele-Heimarbeit“ scheint aber wohl zu Unrecht ein wenig in Verruf geraten zu sein.¹⁶ Längerfristig dürfte sie sich zweifellos weiter ausbreiten und zu einer Überwindung der Trennung von Wohn- und Arbeitsstätten beitragen, die mit der Industrialisierung eingesetzt und mit zu den Rollenkonflikten der arbeitenden Frauen geführt hatte.

Folgen für den Arbeitskräftebedarf und die Arbeitsmarktbilanz

Sieht man einmal von Katastrophenszenarien ab, so könnte sich Deutschland in wenigen Jahrzehnten zu einem Wirtschaftszentrum innerhalb Europas und der Welt entwickeln wie es heute die Ballungszentren innerhalb Westdeutschlands sind. Das rohstoffarme Deutschland kann allerdings bei zunehmendem internationalen Wettbewerb nur bestehen, wenn es vermehrt grundlegende Innovationen auffindet und diese kostengünstig in intelligente und umweltverträgliche Verfahren, Produkte, Dienste und Systemlösungen umsetzt und vermarktet. Im Zusammenhang aller Mega-Trends dürfte dementsprechend die zukünftige Wirtschaftsstruktur Deutschlands gekennzeichnet sein durch forschungs- und entwicklungsintensive Hochtechnologie, durch flexible, individuelle, umweltverträgliche Fertigungen und Dienste, durch hochwertige nationale und internationale Dienstleistungen sowie durch eine außerordentlich hohe internationale Arbeitsteilung und Verflechtung. Die Beseitigung und die vorsorgliche Vermeidung von Umweltschäden wird zu einem neuen großen Wachstumsfeld werden. Die Bundesrepublik könnte, wenn sie will und hier Pionierarbeit leistet, ein führender Exporteur und Lizenzgeber von von vornherein umweltverträglicher Technik sowie ganzer Systemlösungen sein.

Mit „intelligenten Produkten und Diensten“ wird im übrigen jede Branche Zukunftschancen haben. Denkbar ist, daß in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft in Deutschland längerfristig sogar nur noch soviel Industrieproduktion nötig ist, „daß Forschung und Entwicklung in Produkte umgesetzt werden können“ (Roland Berger). Die oft weitgehende Fixierung von Politik und Öffentlichkeit auf die allgemeine Förderung der Industrie greift daher zu kurz. Zum Beispiel ist die Bundesrepublik auf den Gebieten der wertschöpfungsintensiven internationalen Beratungs- und Finanzdienstleistungen unterrepräsentiert und Nettoimporteur.

Dieser Wandel der Wirtschaftsstruktur wird in Verbindung mit einerseits den modernen Informationstechnologien und andererseits den Auswirkungen des Wertewandels sowohl dezentrale und kleinere Organisationseinheiten als auch mittelständische Erwerbsformen und Unternehmen sowie auch das Handwerk begünstigen. Aus den Mega-Trends und den daraus resultierenden

¹⁶ Vgl. Carola Busch, Frauen- und Familienpolitik als Bestandteil betrieblicher Personalentwicklung, in: Beckmann/Engelbrech (Hrsg.), a. a. O., S. 906 - 922, hier S. 916.

Verschiebungen der Wirtschaftsstruktur folgt für die Struktur des Arbeitskräftebedarfs: Erstens eine anhaltende *Verschiebung zu den Dienstleistungs- und Infrastrukturtätigkeiten* in allen Berufen und allen Branchen sowie zu den Dienstleistungsbranchen selbst, zweitens bei fast allen Tätigkeiten erhöhte Anforderungen an *Qualifikation* und *Flexibilität* der Erwerbspersonen, verbunden mit mehr Handlungs-, Mitwirkungs- und Arbeitszeitspielräumen. Gemessen an den Tätigkeiten wird die Arbeitswelt der Zukunft als Dienstleistungsgesellschaft zu bezeichnen sein.

Diese schon qualitativ ableitbaren Grundtendenzen werden durch die international vorliegenden Vorausschätzungen weitgehend bestätigt, soweit überhaupt Quantifizierungen möglich sind.¹⁷ Sie zeigen, daß vor allem die privaten bzw. die wirtschaftsnahen Dienstleistungen die Gewinner des Strukturwandels sind. Noch deutlicher kommt der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft zum Ausdruck, wenn man nicht nur auf die Dienstleistungsbranchen, sondern auf die Dienstleistungstätigkeiten in allen Branchen abstellt. So dürften 2010 fast drei Viertel der Erwerbstätigen überwiegend Dienstleistungstätigkeiten im weitesten Sinne ausüben. Wachsen werden aber nur noch die qualifikationsintensiven Dienstleistungen sowie die Tätigkeiten des Einrichtens und der Wartung von Maschinen, und zwar sowohl in der Industrie als auch in den Dienstleistungsbranchen. Für eine hochentwickelte komplexe und international verflochtene Wirtschaft werden dabei insbesondere qualifizierte Dienstleistungstätigkeiten immer wichtiger, wie Disposition, Organisation, Planung, Beratung sowie die schwer meßbaren und kreativen Dienstleistungstätigkeiten Forschen, Erfinden, Entwickeln und Unternehmertätigkeit. Auch wird der Anteil der Gewinnung, Verarbeitung und Umsetzung von Informationen auf Basis der neuen Informationstechnologien einen immer größeren Anteil erlangen.¹⁸

Allein schon durch diesen Wandel der Branchen- und Tätigkeitsstruktur wird sich auch das formale Qualifikationsniveau des Arbeitskräftebedarfs erhöhen. Schreibt man außerdem trendmäßig fort, mit welchen Absolventen des Ausbildungsniveaus die Tätigkeitsfelder besetzt werden, wird sich der Bedarf an Absolventen der Hochschulebene am stärksten ausweiten, gefolgt von der Fachschulebene, und schließlich der betrieblichen Ausbildungsebene, während der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften weiter zurückgehen wird. Angesichts des Nachwuchsmangels und der Alterung des Erwerbspersonenpotentials zeichnet sich die Gefahr sowohl eines zunehmenden *Fachkräftemangels* als auch erheblicher *Qualifikationsdefizite* bei vielen Erwerbstätigen ab. Für Unqualifizierte bzw. Geringqualifizierte oder nicht Qualifizierungsfähige wird indessen zweifellos auf Dauer das Arbeitslosigkeitsrisiko weiter zuneh-

17 Vgl. Prognos AG (bearb. von Peter Hof er, Inge Weidig und Wolff Heimfried), Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 131.1 (Text) u. 131.2 (Material), Nürnberg 1989; Manfred Tessaring, Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010. Eine erste Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektion 1989/91, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1994, S. 5-19.

18 Vgl. auch Leo A. Nefiodow, Informationsgesellschaft - Arbeitsplatzvernichtung oder Arbeitsplatzgewinne? in: ifo-Schnelldienst 12/1994, S. 11 -19.

men, es sei denn, es gelingt, für diesen Personenkreis in den nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Tätigkeitsfeldern - z. B. durch eine größere Lohndifferenzierung und andere Maßnahmen wie z. B. Senkung der Lohnnebenkosten - zusätzliche Beschäftigungsfelder zu erschließen oder bisherige nicht weiter schrumpfen zu lassen.

Globale Tendenzen der Arbeitsmarktentwicklung

Hält man sich die Mega-Trends und den sich daraus für Angebot und Nachfrage ergebenden Strukturwandel vor Augen, so sind Herausforderungen und damit Aufgaben und Arbeit zweifellos auch bei uns genügend vorhanden. Wird es aber auch insgesamt genügend bezahlte Arbeit geben? Stimmt die häufig geäußerte These eines jobless growth? Weshalb haben wir in der Bundesrepublik seit 20 Jahren eine hohe und bislang tendenziell eher steigende Arbeitslosigkeit?

Die ostdeutsche Arbeitslosigkeit brauche ich sicherlich nicht weiter zu erklären. Eine derartig grundlegende Umstrukturierung einer ganzen Volkswirtschaft braucht Zeit und ist nicht ohne Freisetzungen von Arbeitskräften denkbar. Der Umstellungsprozeß wird allerdings zweifellos durch die schnelle Lohnanpassung erschwert. Welches sind aber die Ursachen in Westdeutschland? Wie ein Blick auf die westdeutsche Arbeitsmarktbilanz seit 1965 zeigt, konnten die Beschäftigungseinbrüche im Gefolge der drei bisherigen Wirtschaftsrezessionen jeweils binnen vier Jahren wieder aufgeholt werden.¹⁹ 1992 lag die Beschäftigung sogar um 2,4 Mio. über dem Stand des letzten Vollbeschäftigungsjahres 1973. Es kann also bisher wirklich keine Rede davon sein, daß Wachstum keine Arbeitsplätze mehr schafft. Daß es trotzdem per Saldo während der ganzen Zeit zu keinem durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland kam, hat damit zu tun, daß im gleichen Zeitraum das *Erwerbspersonenpotential* ständig relativ stark anstieg. Zunächst bedingt durch stark besetzte Nachwuchsjahrgänge und zunehmende Frauenerwerbsneigung, in den letzten Jahren vor allem durch die Zuwanderung von Ostdeutschen, Aussiedlern und Ausländern sowie durch ostdeutsche Einpendler. Dadurch gab es in Westdeutschland 1992, dem Jahr mit dem bisher höchsten Beschäftigungsstand, ca. 5,4 Mio. Erwerbspersonen mehr als im letzten Vollbeschäftigungsjahr 1973. Inzwischen sind es sogar etwa 6 Mio. Erwerbspersonen mehr.

Um einen Potentialanstieg dieser Größenordnung zu absorbieren, hätten Wirtschaftswachstum und Beschäftigung deutlich höher ausfallen müssen. Es hätte beispielsweise einer Dynamik und Flexibilität wie in den fünfziger Jahren bedurft. Daß auch heute noch höhere Beschäftigungszuwächse möglich sind, zeigt ein Blick auf andere Industrieländer. Während in Deutschland und der EG die Beschäftigung im letzten Boomjahr nur um annähernd 15 Prozent über dem Stand von 1960 lag, war sie in Japan fast um die Hälfte höher als

¹⁹ Vgl. Alfons Barth/Wbfgang Klauder, Konjunkturschwäche oder Strukturkrise? Aktuelle Prognose zur Arbeitsmarktentwicklung, in: Arbeit und Sozialpolitik 5 - 6/1994, S. 7 -14.

1960 und in den USA sogar beinahe um das Doppelte.²⁰ In der Schweiz und in Österreich verlief die Beschäftigungsentwicklung ebenfalls günstiger als bei uns. Sicherlich ist nicht alles, was in diesen Ländern geschah, nachahmenswert. Auch belastete die rasante Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar zwischen 1985 und 1990 die deutsche Wirtschaft. Dennoch ist es wohl auch ein Zeichen struktureller Mängel und mangelnder Anpassungsfähigkeit an die seit Mitte der siebziger Jahre grundlegend veränderten Rahmenbedingungen, daß es binnen 20 Jahren in Deutschland und den meisten anderen EG-Ländern nicht gelang, die Beschäftigungsentwicklung an das stark steigende Angebot an Erwerbspersonen anzupassen. Dabei ist an ein ganzes Bündel von Gründen zu denken, wie z. B. Teilzeitbeschäftigung, Reglementierungen, Ladenschlußgesetz, Beschleunigung der Verwaltungsvorgänge, Größe des Staatssektors, Steuer- und Abgabenbelastung, Umfang der Erhaltungssubventionen, Innovations- und Risikobereitschaft usw. Auch die Tarifpartner müssen sich fragen lassen, ob sie bei den Lohnabschlüssen in den letzten 20 Jahren angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sowohl global als auch strukturell immer genügend Rücksicht auf die marktwirtschaftliche Steuerungsfunktion des Lohnes zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage genommen haben.

Wie viele Arbeitsplätze es gibt, hängt mithin auch von den Reaktionen der Menschen und ihrer Politik ab. Alle Untersuchungen zeigen: Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird um so höher ausfallen, je weniger Beharrungstendenzen und Abwehrstrategien überwiegen, alte Arbeitsplätze subventioniert und vor Konkurrenz geschützt werden, je weniger es auch um die Verteilung des Sozialproduktkuchens und um Konsum geht, je offensiver, anpassungsfähiger und schneller also Wirtschaft und Gesellschaft auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren und mit Flexibilität und Investitionen den nötigen Strukturwandel vorantreiben. Die Geschichte des technischen Fortschritts und der florierenden Industriegesellschaften ist eine Geschichte der fortlaufenden Umwandlung oder Vernichtung hergebrachter Märkte und Arbeitsplätze sowie der Entstehung neuer Produktmärkte und Betätigungsfelder und damit neuer Arbeitsplätze. Auch wenn wir heute natürlich noch nicht alle zukünftigen Produkte und Märkte kennen können, spricht viel dafür, daß wir am Beginn einer neuen langen Wachstumswelle stehen, wie sie bereits früher von den bedeutenden technischen Erfindungen ausgelöst wurden. Die Frage ist nur, ob wir in Deutschland und Europa daran teilhaben werden oder ob es diesmal hauptsächlich Asien und Amerika sein werden.

Wie vorläufige Szenarien des IAB²¹ zeigen, wäre zwar auch bereits bei Fortschreibung der bisherigen Verhaltensweisen und Trends sowie unter weitgehender Berücksichtigung der bereits in Kraft getretenen, beschlossenen oder verfassungsrechtlich gebotenen Maßnahmen mit einem längerfristigen Anstieg der Beschäftigung zu rechnen. Abweichend vom Vergangenheitstrend wurde im wesentlichen lediglich unterstellt, daß der Produktivitätsfortschritt und

20 Vgl. OECD, Beschäftigungsstudie. Fakten, Analysen, Strategien, Paris 1994.

21 Zu den endgültigen Szenarien vgl. Alfons Barth/Johann Fuchs/Wolfgang Klauer/Peter Schnur, Arbeitsmarkt-szenario 2010 (Arbeitstitel), in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1994 (in Vorber.).

mithin die Beschäftigungsschwelle des Wirtschaftswachstums nicht mehr weiter absinken, sondern daß es im Gegenteil von 1994 bis 1997 zu einem Produktivitätsschub kommt, der die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsrate bis 2000 um etwa 0,5 Prozent-Punkte anhebt. Trotzdem könnte in Westdeutschland die Beschäftigung bereits im Verlauf der zweiten Hälfte der neunziger Jahre den 1992 erreichten bisherigen Höchststand von 29,5 Mio. deutlich überschreiten, 2000 bei 29,9 Mio. liegen und bis 2010 um eine weitere Mio. auf rund 31 Mio. ansteigen. Demgegenüber hatte die Prognos AG vor anderthalb Jahren bis 2010 nur einen Anstieg auf 29,9 Mio. für wahrscheinlich gehalten.²² Auch für Ostdeutschland halten wir eine günstigere Entwicklung als Prognos für möglich. Dort könnte die Zahl der Erwerbstätigen 2010 rund 6,8 Mio. erreichen. Einschließlich der Pendler gäbe es dann in Ostdeutschland bezogen auf die Bevölkerung genauso viele Erwerbstätige wie in Westdeutschland. Allerdings sind dazu noch viele Jahre mit hohen Transferzahlungen erforderlich.

Die im Basis-Szenario für West- und Ostdeutschland prognostizierten Beschäftigungszuwächse werden allerdings noch nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit innerhalb der nächsten 10 Jahre durchgreifend abzubauen. Die Zukunft ist jedoch gestaltbar: Bei stärkerem Strukturwandel, flexibleren und individuelleren und damit im Durchschnitt kürzeren Arbeitszeiten, zurückhaltender Lohnpolitik, anderer Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik usw. könnte es durchaus zu einem größeren Beschäftigungsanstieg kommen. Hierauf weisen auch die Simulationen des IAB hin.

Nimmt man z. B. an, die im Basis-Szenario unterstellte Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bis 2010 würde auf das Jahr 2000 vorgezogen und bis 2010 die 34-Stunden-Woche realisiert, würde es im Jahre 2000 fast eine Mio. mehr Erwerbstätige geben als im Basis-Szenario. Dabei wurde keine explizite Anpassung der Stundenlöhne berücksichtigt, die Löhne verändern sich nur modellendogen. Bei vollem expliziten Lohnausgleich würde der Beschäftigungseffekt z. B. im Jahre 2000 etwa ein Drittel geringer sein. Selbst ohne expliziten Lohnausgleich muß die Wochenarbeitszeitverkürzung allerdings im Vergleich zum Basis-Szenario mit niedrigerem Wirtschaftswachstum, höheren Preisen und Kosten und damit auch geringerem realen Konsum erkauft werden. Bis zum Jahre 2010 schrumpft dadurch der zusätzliche Beschäftigungseffekt sogar auf rund 300000 Personen zusammen. Würde die 35-Stunden-Woche nur auf das Jahr 2000 vorgezogen, die Arbeitszeit danach nicht weiter verkürzt und die Wochenarbeitszeit demzufolge auch 2010 noch wie im Basis-Szenario 35 Stunden betragen, käme es längerfristig durch das Vorziehen der Arbeitszeitverkürzung sogar zu einem deutlich negativen Beschäftigungseffekt. Die negativen Effekte einer generellen Arbeitszeitverkürzung dürften sich jedoch allen Untersuchungen zufolge wahrscheinlich um so mehr vermeiden lassen, je mehr sich eine Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit über vermehrte freiwillige Teilzeitarbeit ergibt und je mehr die Arbeits- und Betriebszeiten entkoppelt werden.

22 Prognos AG, Die Bundesrepublik Deutschland, 2000 - 2005 - 2010, Basel 1993.

Zu bis zum Jahr 2000 deutlich geringeren, längerfristig aber merklich höheren positiven Beschäftigungseffekten würde dagegen eine zurückhaltende Lohnpolitik führen. In einer Simulation wurde der Einfachheit halber angenommen, daß sich die tariflichen Stundenlöhne ab 1995 bis 2010 nur noch um 2 Prozent p. a. erhöhen. Sie bleiben damit mit 0,05 Prozent-Punkten ganz geringfügig hinter dem sich dann endogen ergebenden Fortschritt der Stundenproduktivität zurück, während sie im Basis-Szenario mit rund 3,3 Prozent p. a. den Produktivitätsfortschritt um gut 1 Prozent-Punkt übertreffen. Die unterstellte Lohnzurückhaltung führt im Modell zu drastisch geringeren Erhöhungen der Lohnstückkosten und Lebenshaltungskosten sowie zu um fast 0,2 Prozent-Punkte höherem Wirtschaftswachstum. Dadurch gibt es 2000 gut 0,4 Mio. und 2010 rund 1,2 Mio. Erwerbstätige mehr als im Basis-Szenario. Die realen Stundenlöhne steigen 1995/2010 zwar mit plus 26 Prozent etwas geringer an als im Basis-Szenario mit plus 35 Prozent, doch fällt der reale private Konsum der Bevölkerung 2010 um 77 Mrd. DM höher aus. Die niedrigeren Preise und Nominaleinkommen lassen allerdings die Steuereinnahmen weniger stark zunehmen, würden aber vermutlich wohl auch einen etwas geringeren Anstieg einiger Staatsausgaben zulassen, die in dieser Simulation noch wie im Basis-Szenario angesetzt wurden.

Wie weitere Simulationen des IAB zeigen, ist für den Arbeitsmarkt nicht nur der Umfang einer staatlichen Maßnahme, sondern auch die Art ihrer Finanzierung von erheblicher Bedeutung. So hätte eine Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik statt über die Arbeitslosenversicherung über indirekte Steuern und hier insbesondere über die nur den Konsum belastende Mehrwertsteuer per Saldo - also im Vergleich zu der jetzigen Finanzierung - einen beachtlichen positiven Beschäftigungseffekt (z. B. 1995 Arbeitslosenversicherung minus 1 Prozent-Punkt, Mehrwertsteuer plus 1 Prozent-Punkt ergibt für 2000: plus 80 000 Erwerbstätige), während eine Umfinanzierung über eine Anhebung der Einkommensteuersätze auf die Beschäftigung per Saldo relativ geringe Auswirkungen hätte.

Die wenigen Simulations-Beispiele wie auch die vorherigen kurzen Ursachenhinweise dürften bereits deutlich gemacht haben, daß es etliche Ansatzpunkte gibt, um die Arbeitsmarktlage zu verbessern. Arbeitslosigkeit braucht auch in Zukunft kein Schicksal zu sein. Allerdings bedarf es angesichts des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit und der skizzierten Arbeitsmarkttendenzen eines ganzen Bündels von Maßnahmen, vieler innovativer Antworten und vermehrter Flexibilität, kurz: noch erheblicher Anstrengungen, um wieder einen hohen Beschäftigungsgrad zu erlangen. Die zukünftige Arbeitsmarktlage wird dabei ganz entscheidend davon abhängen, wie schnell und gut wir den Strukturwandel bewältigen, der sich aus den eingangs skizzierten Mega-Trends ergibt.